



Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 20. September 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-03-0062

**Windkraft in Wiesbaden
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14.09.2011**

Die Stadt Wiesbaden hat im Jahr 2010 mit den Planungen zur Errichtung von Windkraftanlagen in Wiesbaden begonnen. In diesem Zusammenhang wurden Daten über die Windverhältnisse im Stadtgebiet ermittelt und erste Aussagen über die prinzipiell geeigneten Standorte getroffen - mit dem Ergebnis: Die geprüften Standorte seien „grundsätzlich wirtschaftlich“.

Für das Gebiet am Dachkopf in Breckenheim wurden auf der Grundlage dieser Daten bereits Planungsentwürfe erstellt, die wir in der vorliegenden Form ablehnen, weil eine hochwertige Naturwaldfläche beeinträchtigt würde. Es müssen in Abstimmung mit Fachleuten, der betroffenen Ortsgemeinde und lokalen Interessengruppen alternative Standorte gesucht werden.

Neben dem Dachkopf sind in Wiesbaden weitere Standorte möglich, mit teils noch erheblich besseren Windverhältnissen, z.B. auf der Hohen Wurzel. Prinzipiell sollten alle geeigneten Standorte im Hinblick auf ihre technische, ökonomische, naturverträgliche und genehmigungsrechtliche Machbarkeit hin geprüft werden. Um schnelle Erfolge beim Klimaschutz zu erreichen, sind die Planungen zügig durchzuführen.

Auf Standorten, die nach Prüfung den oben genannten Kriterien entsprechen, sind unverzüglich Windkraftanlagen zu errichten.

Im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt möge der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. die bereits angelaufenen Planungen für den Bau von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Wiesbaden unverzüglich fortzusetzen. Im Einzelnen:
 - Verfeinerung des Gesamtkonzepts
 - Überarbeitung der Standortauswahl Breckenheim-Dachkopf unter Ausparung der ökologisch wertvollen Naturwaldfläche und in Absprache mit der Nachbar-gemeinde Hofheim
 - Prüfung des Standorts Hohe Wurzel unter Berücksichtigung der FFH-Verträglichkeit und in Absprache mit dem benachbarten Rheingau-Taunus-Kreis,
2. eine Kooperation mit der Gemeinde Hofheim und dem Rheingau-Taunus-Kreis bei der Windkraft-Standortsuche umgehend in die Wege zu leiten,
3. einen Zeitplan bis zur Erstellung einer Beschlussvorlage vorzulegen.

**Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD zum Tagesordnungspunkt 10 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 20.09.2011
Windkraft in Wiesbaden; Antrag 11-F-03-0062 der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Es besteht große Einigkeit darüber, dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden in den kommenden Jahren vermehrt darum bemühen muss auf regenerative Energieformen zu setzen. Dies wird zum Einen bedingt durch den beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie und zum Anderen dadurch, dass auch fossile Energieträger mit gewissen Problemen behaftet sind. Diese sind u.a. ökologischer Natur, aber auch die Abhängigkeit von Rohstoffimporten darf nicht außer Acht gelassen werden. Der sukzessive Umstieg auf regenerative Energieformen ist also richtig und notwendig.

Dieser Umstieg darf aber nicht ein reiner „Selbstzweck“ sein. Umstieg: Ja! Aber nicht um jeden Preis, nicht ohne bestimmte „Grundsätze“ festzulegen und schon gar nicht ohne substantielle Prüfung der einzelnen regenerativen Energieträger und möglichen Standorten - Windkraftanlagen können ein Teil dessen sein.

Im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt möge der Ausschuss daher beschließen:
Der Magistrat wird gebeten

1. die bereits angelaufenen Planungen für den Bau von Windkraftanlagen in Absprache und gegebenenfalls Kooperation mit den Nachbarkreisen mit großer Sorgfalt fortzusetzen.
2. bei diesen ergebnisoffenen Planungen alle in Frage kommenden Standorte zu berücksichtigen. Bei der Prüfung der möglichen Standorte sollen u.a. die technische, ökonomische, naturverträgliche und genehmigungsrechtliche Machbarkeit von zentraler Bedeutung sein.
3. die vor Ort betroffenen Bürgerinnen und Bürger so früh wie möglich in diesen Prozess ein zu binden, um die Akzeptanz zu stärken und Bedenken seitens der Bürgerschaft schnell Rechnung tragen zu können.
4. zu berichten, welche Möglichkeiten zur Beteiligung an geeigneten Offshore-Windparks derzeit bestehen und wie sich deren Wirtschaftlichkeit darstellt.
5. dem Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu berichten.

Beschluss Nr. 0073

Bei Annahme des Änderungsantrages der Fraktionen von CDU und SPD ergeht folgender Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten

1. die bereits angelaufenen Planungen für den Bau von Windkraftanlagen in Absprache und gegebenenfalls Kooperation mit den Nachbarkreisen mit großer Sorgfalt fortzusetzen.
2. bei diesen ergebnisoffenen Planungen alle in Frage kommenden Standorte zu berücksichtigen. Bei der Prüfung der möglichen Standorte sollen u.a. die technische, ökonomische, naturverträgliche und genehmigungsrechtliche Machbarkeit von zentraler Bedeutung sein.
3. die vor Ort betroffenen Bürgerinnen und Bürger so früh wie möglich in diesen Prozess ein zu binden, um die Akzeptanz zu stärken und Bedenken seitens der Bürgerschaft schnell Rechnung tragen zu können.
4. zu berichten, welche Möglichkeiten zur Beteiligung an geeigneten Offshore-Windparks derzeit bestehen und wie sich deren Wirtschaftlichkeit darstellt.
5. dem Ausschuss regelmäßig über den Sachstand zu berichten.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2011

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2011

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister